

### Monténégro: Retours risqués

Selon le Gouvernement luxembourgeois, il n'y a pas d'obstacle sérieux à un retour des personnes réfugiées d'origine monténégrine, malgré la situation socio-économique désastreuse et les menaces de persécution politiques. Surtout la question des déserteurs (une grande partie des réfugié-e-s du Montenegro) avait été évacuée avec l'argument qu'une loi d'amnistie avait été votée en février. Le Comité des réfugiés du Sandjak s'inquiète cependant de la situation au Monténégro, rapportant le cas des deux frères Sabotic, tous deux déserteurs, qui étaient retournés volontairement il y a un mois. "A leur arrivée à Belgrade, les douaniers ont commencé à les insulter en les traitant de traîtres. Les deux Sabotic ont essayé de rester calmes et de ne pas réagir, les douaniers n'en sont pas restés là et leur ont asséné des coups." Ceci n'étant pas un cas isolé, le comité est très préoccupé par les intentions du gouvernement luxembourgeois de faire retourner les personnes réfugiées du Sandjak de force au Monténégro. Rappelons que presque toutes les personnes du Monténégro ont été exclues d'office de la régularisation - la guerre n'ayant commencée qu'en 1999, elles sont entrées au pays plus tard que la date butoir du 1<sup>er</sup> juillet 1998.

### Das Auge raucht mit

"Rauchen ist tödlich" könnte schon bald in großen Lettern auf der kleinen Zigarettenschachtel stehen. Besser noch: Zur Veranschaulichung darf dort auch ein Farbfoto prangen, das die Folgen des Lungenzugs illustriert. Ab September 2002 wird eine EU-Direktive, der das Europaparlament am Dienstag zugestimmt hat, den Umgang mit Tabakprodukten regeln. Dabei wird der Tabakgenuss nicht nur von der Optik her deutlich gedämpft werden - die Kippen dürften künftig auch weniger anörnen. Das Gesetz sieht vor, dass ab Januar 2004 pro Zigarette künftig maximal zehn Milligramm Teer, ein Milligramm Nikotin und zehn Milligramm Kohlenmonoxid enthalten sein dürfen. Die warnenden Hinweise müssen mindestens ein Drittel der Vorderseite und 40 Prozent der Rückseite des Zigarettenspäckchens bedecken. Verharmlosende Bezeichnungen wie "mild", "light" oder gar "ultra-light" sind nicht mehr erlaubt. Zur Direktive gab es lange Streit zwischen Rat und Parlament, Ende Februar hatte man sich schließlich in einer Schlichtungsverhandlung auf einen Kompromiss geeinigt. Pikantes Detail: Für die Tabakwaren, die exportiert werden, gelten die neuen Grenzwerte erst ab 2007. Neben der deutschen hatte auch die Luxemburger Regierung keinen Hehl daraus macht, dass ihnen die Gesundheit von Nicht-EU-BürgerInnen weniger am Herzen liegt: Sie hätten die schädlichere Rauchware gerne noch länger außerhalb der EU verkauft.

### EU-Nachhaltigkeit ist flexibel

"A sustainable Europe for a better world" - der Titel des Strategiepapiers der Europäischen Kommission in Sachen Nachhaltige Entwicklung klingt gut. Was folgt sind jedoch die üblichen Floskeln zum Thema Nachhaltigkeit. Kommissionspräsident Romano Prodi stellte das längst überfällige Papier am Dienstag im Europaparlament vor. Zu den Maßnahmen im Energiebereich gehören interessanterweise auch die Forschung, Entwicklung und Verbreitung einer "sicheren Nuklearenergie". Prodi reiste am Donnerstag zum EU-Russland-Gipfel mit der ebenfalls am Dienstag bekanntgegebenen Stellungnahme der Kommission zur gemeinsamen Energiepolitik im Gepäck. Hier waren offensichtlich die guten Vorsätze in Sachen bessere, nachhaltigere Welt über Bord geschmissen worden. Man wolle die Zusammenarbeit mit Russland im Bereich Atomenergie verstärken, heißt es unter anderem in dem Pabier. Dazu könnten, wie Greenpeace International behauptet, auch Überlegungen zur Erhöhung der Lebensdauer von Reaktoren des Typs Tschernobyl gehören. Wie nachhaltig die sind, ist ja bereits bekannt.

## aktuell

### ELEKTROSCHROTT

# Bald kommt die Elektro-Tonne

**Im Kapitel Elektroschrott legt das Europaparlament die Latte hoch: Die Industrie muss dafür sorgen, dass die ausgedienten Geräte gesammelt werden. Wenn es sein muss, sogar vor der Haustür. Gratis - und danach ab ins Recycling.**



(dw) - Muss die alte Glotze zum Reyclingcenter gebracht oder kann sie einfach nur vor die Tür gestellt werden? Und wer soll das bezahlen? Über diese Fragen stritten sich die Europa-Abgeordneten in den letzten Wochen im Industrie-Ausschuss. Auf der Tagesordnung stand eine EU-Richtlinie, die den Umgang mit Elektroschrott und die Produktion von elektronischen Geräten regeln soll. Als sie am Dienstag zur Abstimmung vorlag, sprach sich die Mehrheit im Parlament für ein erstaunlich hohes Maß an Verbraucherfreundlichkeit aus.

Klar ist: Einfach nur in die Mülltonne mit dem alten Toaster - das gilt in Zukunft nicht mehr. Die von der Kommission vorgelegte Richtlinie wurde in entscheidenden Punkten verschärft: Nicht nur, dass die Industrie für die Kosten des neuen Sammelsystems integral aufkommen muss. Die Firmen müssen bei der Herstellung bis zum Jahr 2008 auch auf gefährliche Stoffe wie Blei, Quecksilber, Cadmium, sechswertiges Chrom und bromierte Flammmhemmer verzich-

ten. Die einzelnen Mitgliedstaaten können darüber verfügen, ob die Firmen nur die Kosten für die Entsorgung ab den Sammelzentralen übernehmen oder aber auch den Abholservice anbieten müssen.

### Der Elektromüllberg wächst und wächst

"Dies fördert die Wegwerfgesellschaft", kritisiert Karl-Heinz Florenz (CDU), der die Verhandlungen im Ausschuss geleitet und dem Parlament den Bericht vorgelegt hatte. Die Verschärfung geht ihm zu weit - so gehe ein gewisser "erzieherischer Aspekt" verloren. Die ParlamentarierInnen hatten zudem in einem anderen Punkt den Vorschlag ihres Berichterstatters verschärft: Die verbindliche Recyclingquote für kleine Hausgeräte soll nicht zehn, sondern 20 Prozent betragen. "Das ist zu hoch gegriffen", prophezeit Florenz. Dennoch, der Einsatz lohnt sich. In der Europäischen Union fallen jährlich rund sechs Millionen Tonnen Elektroschrott an. Pro Jahr werden es drei bis fünf Prozent mehr. Künftig sollen laut Richtlinie mindestens sechs Kilogramm Schrott pro BürgerIn und Jahr gesammelt werden.

Momentan landen zwei Drittel davon auf Deponien oder in Müllverbrennungsanlagen. Viele Länder haben keine spezielle Gesetzgebung für Elektroschrott. In Luxemburg fallen die ausgedienten Elektrogeräte unter das all-

gemeine Abfallgesetz. Was konkret mit dem ausgemusterten Fernseher passiert, entscheiden die Gemeinden. "Man kann dennoch derzeit hierzulande nicht einfach machen, was man will", so ein Mitarbeiter des Umweltministeriums. Denn als "déchêt ultime", das einfach verbrannt werden darf, gilt Elektroschrott nicht.

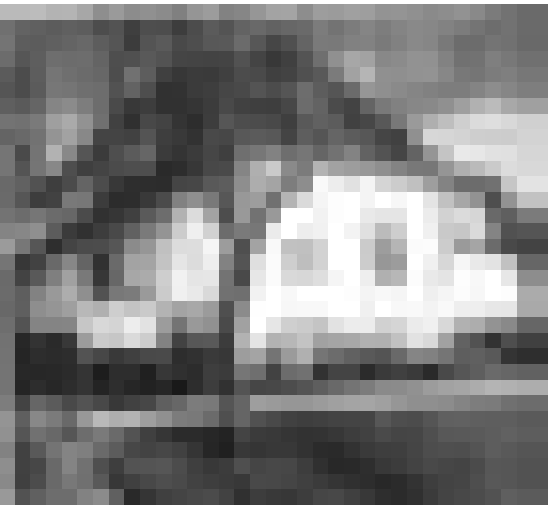
Der Vorschlag des Parlaments sieht auch vor, dass die Elektrohersteller jeweils für die Entsorgung ihrer eigenen Geräte aufkommen müssen. "Die individuelle Verantwortung wird die Müllvermeidung und eine ökologischere Produktionsweise fördern", freut sich Elena Lymberidi vom "Europäischen Umweltbüro". Die Kosten für die Rücknahme so genannter "historischer Geräte", die vor dem Inkrafttreten der Richtlinie produziert worden sind, müssen die Hersteller kollektiv gemäß ihrem Marktanteil übernehmen.

Da in Luxemburg nur wenig Elektrogeräte produziert werden, verspricht die Umsetzung der Richtlinie besonders spannend zu werden. "Die verschiedenen AkteurInnen aus Politik, Produktion, Handel, Abfall-, KonsumentInnen- und Umweltschutzverbänden sollten sich schon bald zusammensetzen", sagt deshalb der grüne Europa-Abgeordnete Claude Turmes und schlägt vor, dass das Umweltministerium die Runde an einen Tisch bringt.

### 50 JAHRE KANNERSCHLASS

# Der Erfolg liegt im Alltag

**Vom märchenhaften Kinderschloss zu dezentralen Wohneinheiten. Trotz struktureller Veränderungen, im Mittelpunkt der "Fondation Kannerschlass" steht immer noch: das Kind.**



(ik) - Verhaltensauffällige Kinder, die in einem Schloss leben - wenn die Rede vom "Kannerschlass" ist, denken die meisten noch immer an das schöne Schloss in Sassenheim. Dabei ist aus dem ehemaligen, vom Lehrpersonal der Gemeinde Esch-sur-Alzette im Jahr 1951 gegründeten Kinderheim im Schloss längst eine moderne Heimstruktur geworden. Statt aus verwunschenen Giebeln und Gemeinschaftssälen besteht diese an ihrem 50. Geburtstag aus einzelnen Wohnprojekten, so genannten "Foyers", in Beles, Differdingen, Luxemburg und anderswo. Insgesamt 24 Kinder und Jugendliche leben dort.

"Wer zu uns kommt, hat keine Eltern oder aber das familiäre Umfeld ist gestört", erläutert Gilbert Pregno, Psychologe und Leiter der "Fondation Kannerschlass". Obwohl es ein erklärtes Ziel der "Kanner-

schlass"-MitarbeiterInnen ist, Kinder bei ihren Familien zu lassen, in vielen Fällen geht das nicht: Für Kinder, deren Eltern sie vernachlässigen, misshandeln oder gar missbrauchen, ist der stationäre Aufenthalt in einem Heim oft der einzige Ausweg.

In den "Kannerschlass"-Wohneinheiten werden sie von insgesamt 45 ErzieherInnen, PsychologInnen und ArbeiterInnen betreut. Neben der Möglichkeit spezieller Therapien kommt dem alltäglichen Leben in der Wohngemeinschaft eine wichtige Funktion im Heilungsprozess der Kinder zu. Auf die Frage nach den Erfolgen in der Arbeit betont Pregno deshalb den Alltag zwischen ErzieherInnen und Kindern. "Erfolge lassen sich nicht so einfach messen", erklärt der 47jährige Psychologe und Familientherapeut. Schwer misshandelte oder sexuell misshandelte Jungen und Mädchen bräuchten oft viele Jahre, um ihre seelischen Verletzungen zu verarbeiten. "Wenn das Leben im Alltag einigermaßen läuft, wenn Bettnässer aufhören ins Bett zu machen, kann das schon ein toller Erfolg sein", warnt Pregno vor allzu hochgesteckten Zielen.

Immerhin: Seit 1991 gibt es für insgesamt sechs Kinder ein ganztätiges Therapieangebot im Therapiezentrum in Zolfer. Angesichts einer geschätzten Dunkelziffer von mehreren Hundert luxemburgischen Jugendlichen, die in ausländischen Einrichtungen und Sonderschulen betreut

werden, ist das jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Gerade für lernbehinderte Jungen und Mädchen muss in den hiesigen Schulen noch viel geschehen, so Pregno. Eine Beobachtung machen (nicht nur) "Kannerschlass"-ErzieherInnen immer wieder: Viele verhaltensauffällige Jugendliche haben bereits mehrjährige Problemerkarien an einheimischen Schulen hinter sich, als Schulschwänzer etwa oder als SchülerInnen, die den Unterricht störten. "Die Schule interessiert sich noch immer zu sehr für die Störung des Kindes, aber nicht genug für das gestörte Kind", kritisiert Pregno. Obwohl er aus eigenen Erfahrungen um die Schwierigkeiten im Umgang mit den Jugendlichen weiß: Das Ausgrenzen und "Verschicken der Kinder an Schulen ins Ausland" ist für den Psychologen keine Lösung. Gilbert Pregno plädiert u.a. für eine bessere Ausbildung der Luxemburger LehrerInnen im Umgang mit Lernbehinderungen und Verhaltensstörungen sowie für eine bessere Koordination existierender Helferdienste an den Schulen mit den jeweiligen Einrichtungen. Das hieße: Statt wie bisher die Mehrzahl der Problemfälle auszugrenzen oder weiterzuschieben, sinnvolle Synergien nutzen.